

Unkorrigiertes Manuskript *

Pressestatements von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem britischen Premierminister Gordon Brown am 6. September 2009 in Berlin

(Die Ausschrift des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultanübersetzung)

BK'IN DR. MERKEL: Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass Gordon Brown, der britische Premierminister, heute zu uns nach Berlin gekommen ist.

Der ursprüngliche Anlass unseres Treffens war die Vorbereitung des G20-Treffens Ende des Monats in Pittsburgh. Allerdings werden wir aus aktuellem Anlass zuerst einige Bemerkungen zu Afghanistan machen.

Ich möchte zuerst zu dem Vorfall in Kundus deutlich machen, dass es der Bundesregierung und mir persönlich darum geht, dass jetzt schnell ein NATO-Untersuchungsteam bereitgestellt wird, das umfassend und zügig aufklärt, wie die Zusammenhänge dort sind, und auch aufklärt, ob es zivile Opfer gegeben hat. Wenn es zivile Opfer gegeben hat, dann werde ich das natürlich zutiefst bedauern. Sie wissen, dass unsere gesamte Strategie darauf ausgerichtet ist, Vertrauen bei der Bevölkerung zu erreichen und zu erarbeiten und dass deshalb unser Ansatz der vernetzten Sicherheit die Basis unseres Afghanistan-Einsatzes ist.

Unabhängig von diesem Vorfall will ich allerdings noch einmal deutlich machen, dass unsere Soldaten und die internationalen Truppen in Afghanistan unter sehr schwierigen Bedingungen ihre Arbeit erledigen und ihren Dienst tun und dass es mir sehr wichtig ist, dass die Soldaten wissen, dass wir hinter ihnen stehen und dass sie unsere politische Unterstützung haben.

Zum Zweiten haben wir Ihnen heute zu berichten, dass wir - wenn ich „wir“ sage, dann sind das Premierminister Brown, der französische Präsident Nicolas Sarkozy und ich - nach der Präsidentschaftswahl eine politische Initiative starten wollen, um die internationale Gemeinschaft, sprich die Vereinten Nationen aufzufordern, nach dem Ergebnis der Präsidentschaftswahl und noch in diesem Jahr eine Konferenz einzuberufen, die sich mit der Frage des Fortgangs der Arbeiten in Afghanistan beschäftigt. Das gilt sowohl für die Stabilität und Sicherheit des Landes, als auch für die Verbesserung der Regierungsführung, die Einführung des Rechtsstaats und natürlich auch die Ausbildung von Sicherheitskräften, die dann Schritt für Schritt die eigene Verantwortung in Afghanistan übernehmen können.

Das wird einfließen in den sogenannten „Afghan Compact“, also den nächsten Fünf-Jahres-Vertrag. Unser Ansinnen ist es, die afghanische Regierung darauf vorzubereiten, dass in der jetzt kommenden Übergangsphase immer mehr Verantwortungsbereiche von der afghanischen Regierung selbst übernommen werden. Wir stellen natürlich sowohl Trainings- und Ausbildungsmöglichkeiten als auch Hilfe beim zivilen Aufbau zur Verfügung, aber das Ziel einer tragfähigen Sicherheitsstruktur in Afghanistan wird nicht aus dem Auge verloren, sondern mit

aller Konsequenz verfolgt. In dem Maße, wie die Afghanen selbst ihre Sicherheit verteidigen können, kann dann natürlich auch das internationale Engagement reduziert werden. Wir glauben, dass mit der Präsidentschaftswahl jetzt ein solcher Punkt gekommen ist und dass wir sehen müssen, wie wir den Weg finden, um die Verantwortung der afghanischen Autoritäten zu stärken.

Wie gesagt, die Konferenz sollte noch in diesem Jahr stattfinden. In sie einfließen werden auch die Ergebnisse, die auf der Grundlage des Berichts des Kommandeurs der ISAF-Truppen McChrystal in den nächsten Tagen und Wochen eingehen und bei der NATO zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grunde habe ich heute Abend noch einmal mit dem Generalsekretär der NATO, Herrn Rasmussen, telefoniert und über unsere Initiative gesprochen, damit er über unsere Aktivitäten Bescheid weiß. Genauso sind sie auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika informell abgestimmt.

Der eigentliche Grund des Aufenthalts von Gordon Brown sind aber die G20-Vorbereitungen. Die G20-Finanzminister haben gestern in London getagt und auch schon sehr erkennbare Ergebnisse erzielt. Wir haben das Ziel: Kein Produkt, keine Region und keine Bank dürfen ohne Kontrolle sein. Dieses Ziel haben wir in London in einer sehr erfolgreichen Konferenz vorbereitet. Es wird in Pittsburgh zum einen darum gehen, Bilanz zu ziehen, und es wird zum anderen darum gehen, auch neue Schritte zu vereinbaren.

Hier sind für mich zwei Dinge außerordentlich wichtig. Das eine ist die Begrenzung von Bonuszahlungen in dem Sinne, dass Maßstäbe über Bonus- und Malusregeln, über Zeiträume, in denen der Erfolg einer Banktätigkeit ermessen werden kann, und auch über ein Verhältnis von Gesamtgewinn und Gesamtbonuszahlungen eines Finanzinstituts erarbeitet werden; denn die Risikobereitschaft wächst natürlich immer weiter, wenn die Bonuszahlungen zu hoch sind.

Der zweite und mindestens genauso wichtige Punkt ist die Frage: Was können wir tun, damit Banken nicht mehr den Staaten zur Last fallen, wenn sie sich in ihren Risiken übernommen haben? Dazu schält sich heraus - das werden wir in Pittsburgh vertiefen -, dass die Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöht werden müssen, je höher ihre Verwobenheit im internationalen Bereich ist und je größer sie sind.

Wir werden weitere Aspekte besprechen, so die Charta für nachhaltiges Wirtschaften und den „compact for durable growth“, den Großbritannien vorgeschlagen hat. Wir werden natürlich auch eine Analyse der weltwirtschaftlichen Lage vornehmen - das versteht sich von selbst.

Wir haben unsere Positionen auch hier bereits in einem gemeinsamen Schreiben von Gordon Brown, Nicolas Sarkozy und mir formuliert, sodass es ein hohes Maß an Übereinstimmung gibt. Wir wissen, dass wir nur gemeinschaftlich alles daransetzen können, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt. Der Wille ist vorhanden. Genau darüber werden wir heute auch vertieft sprechen.

Noch einmal herzlich willkommen!

PM BROWN: Vielleicht darf ich zunächst einmal sagen, dass es für mich eine große Ehre ist, dass ich hier in Berlin sein kann und dass ich mich wieder mit meiner Freundin, Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, treffen kann. Wir werden heute Abend während des Abendessens auch noch über unseren Besuch in den Vereinigten Staaten, über das G20-Treffen in Pittsburgh, sprechen, wo wir hoffentlich beträchtliche Fortschritte im Sinne der Weltwirtschaft erzielen werden.

Ich möchte sagen, dass die hochrangige internationale Konferenz, die wir zu Afghanistan vorschlagen, eine ist, die vor dem Ende dieses Jahres stattfinden sollte. Sie sollte sich mit den Themen Sicherheit, gute Regierungsführung und Entwicklung beschäftigen und sollte natürlich auch dem McChrystal-Bericht, dem Eikenberry-Bericht und auch den Berichten, die wir alle in unseren Ländern als Analyse vorgelegt haben - als dem besten Weg, den wir für Afghanistan sehen -, entsprechend folgen.

Großbritannien gehört wie auch die Bundesrepublik Deutschland zu den größten Truppenstellern für die Koalition der 24 Staaten, die vor Ort in Afghanistan präsent sind. Wir haben eine große Last getragen. Eines der Themen und eines der Probleme, die damit einhergehen, ist natürlich, dass wir dort gemeinsam Verantwortung tragen und dass wir auch gemeinsam die Lasten teilen müssen. Die nächste afghanische Regierung, die Vereinten Nationen, die NATO und alle, die wesentliche Truppensteller sind, müssen sich aber zusammensetzen und müssen sich die nächste Phase unserer Mission dort vor Augen führen. Wir müssen uns überlegen: Wie können wir Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan wirklich befördern, wie können wir erreichen, dass die afghanische Bevölkerung, die Armee, die zivilen Institutionen und die Regierung insgesamt eine stärkere Rolle in der Zukunft spielen kann, und wie kann das von uns angemessen durch Ressourcen unterstützt werden? Deswegen hoffe ich, dass alle Mitglieder dieser Koalition die Initiativen, die wir heute ergriffen haben, auch tatsächlich begrüßen und dass wir vor Ende des Jahres eine solche hochrangige Konferenz abhalten.

Die Bundeskanzlerin und ich werden auch das Treffen der G20 in Pittsburgh diskutieren. Ich denke, man kann sagen, die Botschaft der letzten zwölf Monate ist - das ist von Deutschland, vom Vereinigten Königreich und von anderen Staaten klar und deutlich gesagt worden -, dass die Welt es natürlich verhindern kann, dass es noch einmal zu einem wirtschaftlichen Kollaps kommt und dass sich noch eine Depression, wie wir sie in den 20er-Jahren erlebt haben, noch einmal wiederholt. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die momentane Erholung, die sehr fragil ist und die auch nicht automatisch geschieht, nicht weiteren Risiken ausgesetzt ist und nicht gefährdet wird.

Das bedeutet, dass wir uns überlegen müssen: Wie können wir die Herausforderung von dauerhaftem Wachstum und einer Stärkung der Arbeitsplätze langfristig beantworten? Wir würden vorschlagen, dass wir einen sogenannten „compact for durable growth“, also eine Charta für dauerhaftes Wachstum auflegen. Wir würden das auf der Grundlage der Charta für nachhaltiges Wirtschaften, die die Bundeskanzlerin ja schon vorgeschlagen hat, erarbeiten und wir möchten versuchen, dabei eine Koordinierung der Exitstrategien zu erreichen, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Wachstum unserer Ansicht nach auch wirklich sicher ist.

Als Teil dieser gemeinsamen Einigung müsste uns allen klar sein, dass wir nicht auf das zurückfallen können, was wir in der Vergangenheit getan haben, und dass wir nicht wieder in die alten Sitten verfallen dürfen, sondern dass es wirklich grundlegende Reformen geben muss und dass im Finanzsektor eine Bonuskultur etabliert werden muss, die vernünftig ist. Unsere Bürger erwarten das von uns zu Recht. Die Bundeskanzlerin, Präsident Sarkozy und ich waren uns einig, dass wir von den Bankiers, von den Leuten, die in der Finanzwirtschaft arbeiten, verpflichtende Regeln erwarten. Diese werden dann auch in Pittsburgh diskutiert und vereinbart werden.

Wir werden später auch noch über den Klimawandel sprechen und darüber, wie wir zusammenarbeiten können, um in Kopenhagen eine Einigung zu erzielen - auf der Grundlage der erfolgreichen G8-Präsidentschaft der Bundeskanzlerin.

Frau Bundeskanzlerin, noch einmal vielen Dank dafür, dass ich heute Abend hier sein kann. Ich glaube, dass wir in unseren Gesprächen allein dadurch, dass wir uns schon auf diese gemeinsame Initiative zu Afghanistan geeinigt haben und dass wir uns darauf geeinigt haben, dass die Afghanistan-Konferenz in den nächsten Wochen stattfinden soll, bereits Fortschritte zu einem sehr, sehr wichtigen Punkt der internationalen Politik erreicht haben.

FRAGE: Herr Premierminister, warum glauben Sie, dass es für die britische Regierung nicht richtig war, Libyen dazu zu drängen, die Opfer von IRA-Terror zu entschädigen?

PM BROWN: Ich kann nur sagen, dass ich hinsichtlich der Auswirkungen jeglichen IRA-Terrors auf die Opfer, ihre Familien und unsere Gesellschaft großes Mitgefühl empfinde. Wie Sie wissen, haben über die letzten zwei Jahrzehnte mehrere aufeinanderfolgende Regierungen den Sachverhalt der libyschen Beteiligung (an diesem Terror) gegenüber der libyschen Regierung angesprochen. Bereits 1996 hat die damalige Regierung mit Libyen das Ausmaß seiner Verwicklung diskutiert. Es wurde damals in Gesprächen mit den Vereinten Nationen gesagt, dass alle Fragen zur Rolle Libyens bei der Unterstützung der IRA zu beantworten seien.

Unsere Priorität war in den letzten Jahren, sicherzustellen, dass Libyen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf unserer Seite steht und terroristische Aktivitäten eben nicht unterstützt und dass Libyen seine Nuklearwaffen aufgibt. Da Libyen sich von Nuklearwaffen und vom Terrorismus losgesagt hat, hat sich unser Verhältnis zu Libyen geändert. Wie ich bereits letzte Woche gesagt habe: Das wichtigste Merkmal unserer Beziehung waren immer die Sicherheit und der Kampf gegen den Terrorismus, nicht etwa Öl oder kommerzielle Interessen. Ich kann nur noch einmal sagen, dass ich mit den Familien der Opfer des IRA-Terrorismus größtes Mitgefühl habe und ihnen unsere Unterstützung zusichere.

Ich habe auch deutlich gemacht, dass sich die Libyer trotz der Anstrengungen unserer Regierungen in den letzten Jahrzehnten immer wieder geweigert haben, Verträge oder zwischenstaatliche Übereinkommen in dieser Sache zu akzeptieren. Wir sind daher zu dem Schluss gekommen, dass es die am meisten Erfolg versprechende Vorgehensweise ist, wenn wir die Familien gegenüber den libyschen Behörden direkt unterstützen. Das werden wir auch in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt tun. Unser Außenministerium wird den Opferorganisationen seine

Unterstützung leihen. Wir werden auch seitens der Botschaft in Tripolis Unterstützung leisten, und zwar in der Form, dass Botschaftsangehörige die Familienangehörigen der Opfer in ihren Gesprächen mit der libyschen Regierung begleiten, um über Entschädigungen zu verhandeln. Wir werden also alles tun, was notwendig ist, um die Familien in diesen schwierigen, aber sehr notwendigen Versuchen zu unterstützen, gegenüber den libyschen Behörden Entschädigungen zu erzielen.

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, bedeutet der ausdrückliche Verweis auf den nächsten Fünf-Jahres-Plan für Afghanistan, dass am Ende dieser Phase der Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan begonnen hat oder gar schon abgeschlossen ist?

BK'IN DR. MERKEL: Wir müssen die Frage des Abzugs international gemeinsam klären; es hat keinen Sinn, dass das national gemacht wird. Ich gehe allerdings davon aus, dass wir, wenn wir eine solche Konferenz durchführen und die nächsten fünf Jahre planen, substanzielle Fortschritte gerade bei der Ausbildung von Polizisten und der Armee in Afghanistan erzielen werden, sodass wir dann ein gutes Stück weiter sind. Wie ich es schon sagte: In dem Maße, wie die afghanischen Sicherheitskräfte gestärkt werden, kann natürlich auch das Engagement der internationalen Schutztruppe zurückgefahren werden. Das ist im Übrigen auch unsere gemeinsame Haltung. Es wäre aber falsch, den Ergebnissen der Konferenz jetzt vorwegzugreifen und schon zu sagen, was dabei herauskommt.

Wichtig ist - und das ist unser gemeinsames Ansinnen -, dass wir den Druck auf einen Weg forcieren, bei dem auch der afghanischen Seite klar wird, dass Schritt für Schritt Verantwortung übernommen werden muss, und zwar sowohl, was die Verwaltung des Landes und was die Gerichtsbarkeit angeht, als auch, was die Sicherheitsarchitektur des Landes angeht.

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, wo soll die Konferenz denn stattfinden? Ist die Tatsache, dass die Initiative hier vorgestellt wird, schon ein Hinweis darauf, wo sie stattfinden wird?

BK'IN DR. MERKEL: Darüber sprechen wir noch; wir haben den Ort noch nicht abschließend festgelegt. Auf jeden Fall wird durch diese Initiative deutlich, dass Großbritannien, Frankreich und Deutschland ein immanentes Interesse daran haben, den Prozess voranzutreiben. Wir finden dieses Interesse aber auch bei unseren amerikanischen Partnern.

FRAGE: Eine Frage an Sie beide: Eine ganze Reihe von Außenministern der Europäischen Union haben den Luftangriff kritisiert, der vor einigen Tagen in Kundus stattfand. Können Sie diese Kritik kommentieren? Können Sie uns auch etwas dazu sagen, was diese VN-Konferenz dann eigentlich erreichen soll?

BK'IN DR. MERKEL: Ich habe die Bitte und auch die Hoffnung, dass wir (das Ergebnis der) Untersuchungskommission der NATO wirklich abwarten, damit wir uns ein klares Bild von dem, was vorgefallen ist, machen können. Die Situation war kompliziert. Deshalb setze ich voll auf eine zügige, umfassende, völlig offene Aufklärung dessen, was dort stattfindet. Die Untersuchungskommission wird zusammengestellt und wird von der NATO und von ISAF aus dorthin gesandt.

Deutschland wird selbstverständlich alle relevanten Informationen geben, die dazu bereitgestellt werden sollen.

Was die Konferenz anbelangt, will ich noch einmal Folgendes sagen: Wir haben ja Vorstellungen, wie viele Soldaten man in Afghanistan braucht. Wir sind noch nicht am Ende hinsichtlich der Frage, wie viele Polizisten man in Afghanistan braucht. Es muss jetzt ganz verbindlich festgelegt werden, in welchem Zeitraum wir welche Ziele erreichen wollen. Bereits im ersten „Afghan Compact“ haben wir Ziele für die Polizeiausbildung. Von der Erfüllung dieser Ziele sind wir noch ein ganzes Stück weg.

Was wir mit unserer Konferenz bezwecken wollen, ist einfach, auch ein Stück weit Tempo zu machen und zu sagen: Wir kommen jetzt, nach der zweiten Präsidentschaftswahl, in eine Übergangsphase, und diese Übergangsphase muss durchstrukturiert sein, damit die einzelnen Partner auch wissen, welche Aufträge sie zu erfüllen haben und was unser gemeinsames Ziel ist, damit die afghanische Regierung auch weiß, welche zunehmende Verantwortung auf sie zukommt.

Wir werden zur Hilfe bereit sein, und zwar nicht nur beim militärischen und Polizeitraining, sondern auch beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen. Das Ganze muss aber in einen besser überprüfbareren Rhythmus eingeordnet werden. Es müssen Benchmarks gesetzt werden, und wenn diese Benchmarks nach einer überschaubaren Zeit - sagen wir, nach einem Jahr - nicht erfüllt sind, dann muss sozusagen auch einmal Tacheles geredet und gefragt werden: Warum ist das nicht der Fall und wie können wir wirklich vorankommen?

PM BROWN: Ich glaube, es ist vollkommen richtig, wie Bundeskanzlerin Merkel schon gesagt hat, dass wir auch acht Jahre nach dem 11. September und nachdem bereits vieles in Afghanistan erreicht wurde - 6 Millionen Kinder gehen jetzt in die Schule, 80 Prozent der Bevölkerung kommen jetzt in den Genuss von Gesundheitsversorgung und es gab bereits zwei Wahlen in Afghanistan, obwohl die Taliban versucht haben, diese Wahlen zu verhindern -, (noch einmal über die Ziele in Afghanistan reden).

Die Guerilla-Taktiken, die die Taliban jetzt anzuwenden versuchen, indem sie Personenminen legen, die im Wesentlichen zu Opfern unter den Alliierten geführt haben, gehören zu den Dingen, die wir besprechen müssen. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir die Afghanen stärker einbinden können, damit sie Verantwortung für ihre eigenen Angelegenheiten übernehmen. Die Truppenzahl der Afghanen beträgt im Moment 80.000. Wir möchten das um weitere 24.000 erhöhen, aber wir müssen erst besprechen, wie und über welchen Zeitrahmen das passieren kann. Die Briten wären bereit, in dem nächsten Zeitrahmen noch 10.000 mehr auszubilden.

Wir müssen uns auch überlegen: Wie können wir die Polizei effizienter gestalten, wie können mehr Afghanen tatsächlich auch an ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen, wie kann die Teilhabe gestärkt werden und wie kann die nationale Regierung zum Beispiel bei der Korruptionsbekämpfung gestärkt werden? Wir müssen uns aber auch überlegen, wie man die Leute vor Ort ein bisschen stärker in die Geschehnisse in ihrer eigenen Heimatgemeinde einbinden kann. Deswegen ist es richtig, dass wir das nach den Berichten und nach den Wahlen auf

OFFEN

023

- 7 -

jeden Fall noch einmal gemeinsam besprechen. Ich denke, diese Konferenz wird von allen, die an der Allianz teilhaben, unterstützt werden.
